



Presseartikel der UWG Kreis Düren zum Haushaltsplanentwurf 2021 des Kreis Düren

UWG Kreis Düren lehnt Haushaltsplanentwurf 2021 ab

Anträge an den Kreis Düren zur Absenkung der Ausgleichsrücklage und zur Kosteneinsparung gestellt!

Die Unabhängige Wählergemeinschaft Kreis Düren hat den Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2021 abgelehnt. Zuvor stellte die UWG zwei Anträge an den Kreistag, um Einsparungen für die Kommunen in den kommenden Haushaltsjahren zu erreichen.

Der 1. Antrag der UWG enthielt die Forderung, dass der Kreis Düren eine verbindliche Absichtserklärung zur weiteren Auflösung der Ausgleichsrücklage für die Finanzplanung der Jahre 2022 und 2023 abgeben, und seine Ausgleichsrücklagen weitestgehend in den Kreishaushalt 2022 und 2023 einfließen lassen soll.

Ziel der UWG war es, die Kreisumlage für die Kommunen deutlich zu senken, diese damit zu entlasten und somit auch den Steuerzahler.

Denn eines ist gewiss, in den folgenden Jahren ist mit Sicherheit ein Rückgang der Einnahmen aus Gewerbesteuer und Umsatzsteuer zu erwarten. Und die Jugendamtsumlage wird in den nächsten Jahren stetig weiter ansteigen.

Dieser Antrag der UWG wurde von der CDU/ Grünen Mehrheitsfraktion im Kreistag abgelehnt. Die anderen Fraktionen stimmten teilweise dagegen oder enthielten sich.

Der 2. Antrag der UWG enthielt die Forderung, die Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende ab dem schnellstmöglichen Zeitpunkt nicht mehr als monatliche Pauschale, sondern als Sitzungsgeld je stattgefunder Sitzung zu zahlen.

Diese Regelung würde Einsparungen im Kreishaushalt von rund 40 Tausend € pro Jahr, in einer Legislaturperiode also von 200 Tausend € bringen.

Dieser Antrag wurde von allen anderen Fraktionen im Kreistag abgelehnt.

Nachdem die UWG keinen wirklichen Sparwillen bei der Mehrheit der kreisangehörigen Fraktionen erkennen konnte, konnte sie ihre Zustimmung für den Kreishaushalt 2021 nur verweigern und diesen geschlossen ablehnen.